Anstoß

21.Jahrgang
Zeitung der LINKEN in der Region Saalfeld-Rudolstadt
Dez 2018

Ja, auch so manches alte Lied
Gehört zu meinem Leben,
Half mir, wenn ich gefallen war,
Mich wieder zu erheben!
Da fließen Brunnen klar und kalt.
Wer daraus trinkt, wird nimmer alt,
Und warum soll es solche Brunnen
Nicht auch wirklich geben!

Aus: Rosen im Dezember
Hannes Wader

Original: public domain
Edit: Tom

Ich danke Euch für Euer Engagement. Ich danke Euch für all das, was unsere Partei tagtäglich ausmacht.

Ein friedliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2019!

Euer Rainer

Gesamtmitgliederversammlung Auftakt für das Wahljahr 2019

Mit 30 Mitgliedern hat der Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt an der gemeinsamen Mitgliederversammlung der Kreisverbände Saale-Orla und Saalfeld-Rudolstadt teilgenommen. Die Gesamtmitgliederversammlung war notwendig geworden, um im gemeinsamen Wahlkreis für die Europawahl die jeweiligen Vertreterinnen und Vertreter der Kreisverbände zu wählen, die an der Vertreter_innenversammlung der Bundespartei teilnehmen, die im Februar des kommenden Jahres die linke Liste für die Europawahl 2019 aufstellen werden.

Unser Kreisvorsitzender nutzte die Möglichkeit eines Grußwortes an die GMV, um vier Schwerpunkte darzustellen.

1. Es geht zuallererst um Zusammenhalt, Solidarität und Aufrichtigkeit der Genossinnen und Genossen unserer Partei untereinander.

2. Es geht um interne Ehrlichkeit in unserer Partei. Relativ leicht ist es, ein Versprechen zu machen – ob das im Wahlprogramm ist, oder ob es sich um eine persönliche Zusage zum Beispiel im Rahmen der persönlichen finanziellen Verpflichtungen gegenüber unserer Partei handelt. Bei der Umsetzung werden dann zumeist offene Fragen nicht beantwortet. Rainer kritisierte an dieser Stelle scharf, dass es Genossinnen und Genossen unserer Partei gibt, die ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Landespartei nicht erfüllen.

3. Sicherlich kann man über Kooperationsmodelle von Kreisverbänden nachdenken. Keiner sollte aber denken, dass parteiinterne Zentralisierung die Schlagkraft und die Kampfkraft in der Fläche erhöhen würden. Eher führe diese Entwicklung zum Niedergang der Schlagkraft in der Fläche. Rainer stellte dar, dass ein Zusammenschluss des Kreisverbandes Saalfeld-Rudolstadt mit einem anderen Kreisverband unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht verhandelt werden kann.

4. Bevor wir über den Zusammenschluss von Kreisverbänden nachdenken, müssen wir alle Kraft in die Erstellung unserer Listen für die Kommunalwahl 2019 setzen und über jüngere Kandidaten, auch auf den vorderen Plätzen, nachdenken – ohne dabei die älteren und erfahrenen Genossen zu vernachlässigen.

B.Pätzold

Ralph Lenkert, Mitglied unserer Bundestagsfraktion, stellte in seinem Gastbeitrag dar, dass ohne Ökologie der soziale Friede nicht mehr gewährleistet ist.

Von Martin Schirdewan, der Ende 2017 für unsere Partei ins Europaparlament nachgerückt war, wurde eine Videobotschaft eingespielt. Martin wird im Fall seiner Wahl das Thüringer Büro von Gabi Zimmer übernehmen, die nicht wieder zur Wahl antritt. Am Tag unserer GMV wurde Martin vom Bundesausschuss unserer Partei für Platz 1 der Europaliste vorgeschlagen.

Im Ergebnis der Arbeit der Mandatsprüfungskommission wurde festgestellt, dass an der Veranstaltung 80 Personen teilgenommen haben. Von diesen waren 75 stimmberechtigt – 45 aus dem Saale-Orla-Kreis, 30 aus unserem Kreisverband.

In der anschließenden Diskussion wurde eine Debatte über die Zustimmung unserer Verbandsräte zur Erhöhung der Müllgebühren geführt. Offen wurde von einem jungen Genossen der Rücktritt unserer Verbandsräte gefordert. Diese Forderung fand aber letztlich keine Mehrheit.

Trotzdem war der Grundtenor, dass es falsch war, den Erhöhungen zuzustimmen. Es gab zu wenig Transparenz, die Gründe für die geplante Erhöhung der Beiträge war wenig nachvollziehbar. Vordergründig geht es doch vor allem darum, Müllentstehung zu vermeiden.

Zur Debatte um die Auseinandersetzung zwischen unserer Bundestagsfraktionsvorsitzenden und unserer Parteivorsitzenden fand auch Rainer deutliche Worte:

„DIE LINKE. hat schon immer aus einer außerparlamentarischen Opposition heraus Kraft für die eigene Arbeit gezogen. Es liegt ausschließlich in der persönlichen Antipathie zwischen den Beteiligten, dass diese Kraft hier nicht generiert werden kann. Es wäre ein schwerer Fehler, die Bundestagsfraktionsvorsitzende abzuwählen. Alle haben in dieser Auseinandersetzung, die schnellstens beendet werden muss, Fehler gemacht.“

In der Debatte um die AfD war sich die Gesamtmitgliederversammlung einig, dass es sich um die Partei der permanenten Entgleisung handelt, die öffentlich und permanent bekämpft werden muss.

Im Ergebnis der Wahlen wurden Birgit Pätzold und Rainer Kräuter aus unserem Kreisverband sowie Barbara Hofmann und Michael Gerner aus dem Saale-Orla-Kreis zur Vertreter_innenversammlung der Bundespartei delegiert, um im Februar die linke Liste für die Europawahl mit aufzustellen.

Rainer Kräuter

Aus dem Kreisvorstand

Am 12.11.2018 traf sich der Kreisvorstand zu seiner November-Beratung.

Der Vorsitzende informierte über das bevorstehende Gespräch mit dem Landesschatzmeister zur Planung des Haushaltes unseres Kreisverbandes, das am 30.11.2018 stattfinden wird, sowie zum Treffen mit den Stadt- und BO-Vorsitzenden, das für den 03.12.2018 in unserer Geschäftsstelle geplant ist.

Der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Genosse Krawczyk, informierte über ein gemeinsames Treffen der linken Kreistagsfraktionen Saale-Orla und Saalfeld-Rudolstadt. Zum Thema Beschluss ZASO zur Erhöhung der Gebühren waren sich die Fraktionen einig, dass die Vorbereitung dieser Entscheidung aus mehreren Perspektiven nicht optimal war. Zur Linkenmühlenbrücke stellte Hubert dar, dass es außer einer gemeinsamen Absichtserklärung der beiden beteiligten Landkreise noch nichts Konkretes und Verbindliches gibt. Zur Rettungsleitstelle hieß es, dass die Leitstelle SOK nach Lage der Dinge nach Gera gehen wird und für Saalfeld dann Jena als einzige Kooperationslösung übrigbliebe. Eine eigene Leitstelle werde aus vielen Gründen nicht zu machen sein.

Des Weiteren informierte Hubert zur Insolvenz des Kinder- und Jugenddorfes Dittrichshütte. Träger des dortigen Kindergartens ist die Stadt Saalfeld, Eigentümer der Liegenschaft der Freistaat Thüringen.

Hubert machte auch Ausführung zur Vorbereitung der Wahlen zum neuen Kreistag und zur Aufstellung unserer linken Liste.

Im Verlauf der Vorstandssitzung wurde außerdem die Vorbereitung der GMV am 17.11.2018 besprochen.

Rainer Kräuter

Abfallgebührenerhöhung im ZASO – ein familienpolitischer Tiefschlag

In einer gemeinsamen Sitzung haben die Fraktionen DIE LINKE der Kreistage Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla den Beschluss der ZASO-Verbandsräte zur drastischen Erhöhung der Abfallgebühren für den Zeitraum 2019 bis 2021 bewertet und ihn entschieden zurückgewiesen. Letztmals wurden die Gebühren im Jahre 2016 erhöht. Dies entsprach allgemeinen und üblichen Kostensteigerungen im Zweckverband. Wenn nunmehr nach nur drei Jahren die Bürgerinnen und Bürger im Durchschnitt 33(!) Prozent mehr berappen sollen, so geht das über ein erträgliches und den Gebührenzahlern verständliches Maß hinaus. Auch auf Druck der Verbandsräte der LINKEN konnte eine von der Geschäftsleitung ursprünglich noch stärkere Gebührenerhöhung zwar verhindert werden, trotzdem offenbart auch der nunmehr gefasste Beschluss vor allem dann ein erschreckendes soziales Ausmaß, wenn man die Haushaltsgrößen in die Betrachtung mit einbezieht. Für eine Familie mit zwei Kindern soll die Festgebühr um über 40 Prozent und für eine Familie mit 3 Kindern um fast 43 Prozent steigen! Die Begründung sei, dass ein degressiver Ansatz der Gebührenstaffelung nach Haushaltsgröße rechtlich nicht möglich sei. Im Rahmen der Beratung wurde gefragt, wer denn solchen Unfug festlege, denn bisher ginge es doch auch anders.

Die Fraktionen kritisierten ebenfalls die mangelhafte Kommunikation der Geschäftsleitung mit den Verbandsräten im Vorfeld der Beschlussfassung und die scheinbar zögerliche Reaktion des ZASO auf die aktuellen marktwirtschaftlichen Gegebenheiten in der Abfallwirtschaft.

Nachdem die Fraktion des SOK die Gebührenerhöhung in ihrem Kreistag bereits thematisiert hatte (OTZ berichtete), wird auch die Fraktion des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt für die kommende Kreistagssitzung die detaillierte Auskunft über die Begründung der Gebührenerhöhung und des Wegfalls der personenbezogenen Staffelung fordern. Beide Fraktionen werden gemeinsam gegenüber der ZASO-Geschäftsleitung auf ein wirtschaftliches, in seinen Auswirkungen aber sozial gerechtes Zukunftskonzept hinwirken.

Hubert Krawczyk
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE
Kreistag Saalfeld-Rudolstadt

Dr. Dieter Rebelein
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE
Kreistag Saale-Orla

02.11.2018

NOCH PLÄTZE FREI!

Berlin • 13. Jan 2019

100. Jahrestag der Ermordung Karls und Rosas

Der Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht jährt sich 2019 zum 100. Mal. Am 13. Januar werden in Berlin das Stille Gedenken und die Großdemonstration stattfinden, wo auch Mitglieder unseres Kreisverbandes teilnehmen werden.

Im Bus, der uns am 12. Januar nach Berlin und am 13. wieder nach Hause bringt, sind noch Plätze frei. Abfahrt in Saalfeld 7 Uhr – ab 13 Uhr Stadtrundfahrt in Berlin – ca. 16 Uhr Ankunft im Hotel

Am Sonntagnachmittag Teilnahme an Jahresauftakt der LINKEN geplant, anschließend Rückfahrt.
Interessierte melden sich bitte bei unserer Geschäftsstelle oder bei Sven Kurzhauer Tel. 0171-844 54 75.

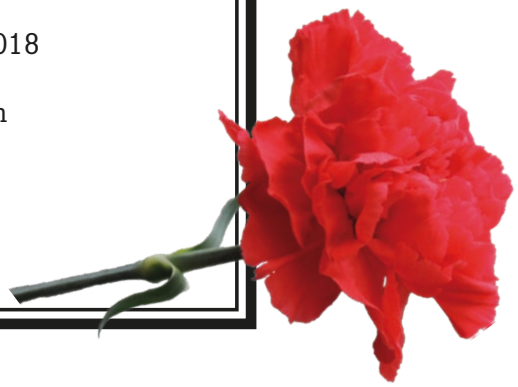
Wir nehmen Abschied von unserem Genossen

Fritz Tippmann

03.08.1923 - 28.11.2018

In stillem Gedenken

Die Mitglieder der
Basisorganisation
Saalfeld-Gorndorf



In mehrfacher Hinsicht Unsinn: Zum Kreisparteitag der CDU

Pressemitteilung des Kreisverbandes zu OTZ-Artikel vom 14.11.2018 über Kreisparteitag der CDU

Rainer Kräuter, Vorsitzender des Kreisverbandes der LINKEN, weist die Kritik Steffen Kanias an der Schulnetzplanung der Landesregierung entschieden zurück. Auf dem Kreisparteitag der CDU am vergangenen Freitag führte Kania lt. heutiger OTZ aus, die derzeitige Schulnetzplanung der Landesregierung gefährde die Schulen auf den Dörfern.

Dazu Rainer Kräuter:

Die Behauptung Steffen Kanias ist in mehrerlei Hinsicht falsch. Die Schulnetzplanung ist schon immer Sache der Schulträger, also der Landkreise. Diese beschließen selbst über ihre Schulstruktur. Das Land muss die Lehrer zur Verfügung stellen, kann aber Rahmenvorgaben machen für Klassen- und Schulgrößen. Thüringen ist heute das EINZIGE Bundesland ohne solche Rahmenvorgaben. Deswegen hat sich die Situation entwickelt, dass an einigen Schulen sehr kleine Klassen, an anderen viel zu große unterrichtet werden.

Mit Bezug auf das Schulgesetz, das am 1. September 2019 in Kraft treten soll, wird jetzt darüber diskutiert, mit einer Übergangsfrist von drei Jahren auch in Thüringen Vorgaben für Mindestgrößen von Klassen und Schulen zu machen. Auch kleine Schulen sollen diese Zahlen erreichen können, wenn sie miteinander kooperieren und z.B. Lehrer austauschen, die in Fächern unterrichten, in denen Lehrer fehlen. Dies ist nicht nur vernünftig, es ist dringend nötig, um die kleinen Schulen zu erhalten. Wir werden in den nächsten Jahren in einer ganzen Reihe von Fächern nicht mehr die notwendige Zahl Lehrer von den Unis bekommen. Ohne bessere Kooperation wird es also nicht gehen.

Die CDU höchstselbst hat die derzeitige Misere zu verantworten. Unter deren Führung ist die Ausbildung von Lehrern sträflich vernachlässigt worden. Die rot-rot-grüne Landesregierung steuert mit aller Kraft gegen. Noch nie wurden im Freistaat Thüringen so viele Lehrer eingestellt wie unter der jetzigen Landesregierung. Die Verantwortlichen für den Bildungssektor leisten gemeinsam mit den Beschäftigten und den Fachgewerkschaften jeden Tag Großartiges, um den durch die CDU verursachten Defiziten zu begegnen.

Die Landesregierung versucht alles, damit keine Schule geschlossen werden muss. Wer die Diskussion so führt wie Herr Kania, ignoriert den aktuellen Diskussionsstand zur Novelle des Thüringer Schulgesetzes und schürt bewusst Ängste der Bevölkerung. Ich hätte von der Kreis-CDU und ihrem Vorsitzenden fundierte Politikansätze erwartet.

Perfide

Zu „CDU: Schulen auf dem Land sind in Gefahr – Kreisparteitag war in Groschwitz“, OTZ vom 14.11.2018

Über den Kreisparteitag der CDU wird in der OTZ berichtet, dass die Parteibasis die „lange vernachlässigten Themenfelder Altersarmut, Bildungspolitik und innere Sicherheit verstärkt in den Fokus“ rücken will.

Altersarmut? Hier ist die Gesetzgebung im Bund entscheidend. Wer hat denn den besten Draht zur seit vielen Jahren CDU/CSU-geführten Regierung? Ist das nicht die CDU selbst?

Bildungspolitik. Die ist vor allem Sache des Landes. Hier versucht das Ministerium alles, um die Situation zu verbessern. Fehlende Lehrer – ein Problem, das nicht erst unter rot-rot-grün entstanden ist. Über Jahre hinweg wurde die Lehrerausbildung vernachlässigt, so dass schlicht und einfach zu wenig Lehrer von den Universitäten kamen, vor allem Fachlehrer für bestimmte Fächer. Hinzu kommt, dass an einigen Schulen sehr kleine Klassen, an anderen dagegen viel zu große unterrichtet werden. Auch hier versucht rot-rot-grün mit dem neuen Schulgesetz und Rahmenvorgaben für Klassengrößen – die gibt es in allen anderen Bundesländern – Abhilfe zu schaffen. Angestrebt wird zudem die Kooperation von Schulen.

Innere Sicherheit. Hier fällt mir beispielsweise der im Freistaat von der CDU eingeschlagene Stellenabbaupfad ein. Auch dem steuert rot-rot-grün deutlich gegen: die Ausbildungszahlen für die Thüringer Landespolizei wurden nahezu verdoppelt.

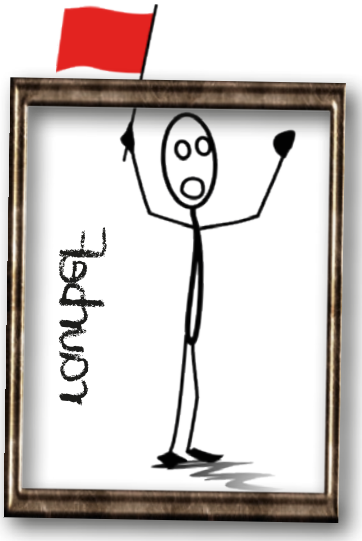
In der Opposition die Fehlentwicklungen der Vergangenheit, die unter der eigenen Regie verursacht wurden, der aktuellen Regierungskoalition anzulasten ist perfide.

Birgit Pätzold

Bilder des Jahres

B.Pätzold

Jugend traf Politik
Leon Schwalbe, Vorsitzender des Kinder- und Jugendausschusses der Stadt Saalfeld; Bodo Ramelow, Ministerpräsident und der damals noch amtierende Saalfelder Bürgermeister



Jugend traf Partei
Im Februar gründete sich eine neue Gruppe der linksjugend ['solid] im Landkreis (Symbolbild).

Anstoß

Meinungen, Beiträge, Kommentare, Kritiken an: redaktion.anstoss@gmx.de
Der Anstoß ist auf Spenden angewiesen.
Danke für deine Unterstützung!
IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22

DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt

Impressum:
V.i.S.d.P.: Rainer Kräuter • **DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld - Rudolstadt** • Saalstraße 38 – 07318 Saalfeld • Geschäftszeiten: siehe letzte Seite • Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22 - BIC:HELADEF1SAR • **Um Spende wird gebeten!**
Redaktionsschluss: **06.12.2018** • Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Januar. • Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden spätestens **bis 28.12.2018 an redaktion.anstoss@gmx.de** • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen.
Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.

Jeder Mensch ist Politiker

Gedanken zur Demokratie

Im Rahmen einer Debatte um Beteiligungsformen in Thüringen und deren Weiterentwicklung wurden in der Klausur der Mitarbeiter der Landtagsabgeordneten zahlreiche Erfahrungsberichte ausgetauscht. Zwar bestand eine Übereinstimmung darin, dass die demokratischen Beteiligungsformen ausgebaut werden sollten und eine ausgewogene Beteiligung der verschiedenen sozialen Gruppen auch in der Kommune eine sehr wichtige Rolle spielt, die es zu verwirklichen gilt. Allerdings zeigten die Erfahrungsberichte auch, dass viele der bereits gegebenen Instrumente der Bürgerbeteiligung nur wenig genutzt werden, wenn sie die Kommunen einmal anbieten.

So wurde festgestellt, dass in vielen Kommunen zum Beispiel bei stattfindenden Einwohnerversammlungen nur wenige Einwohnerinnen und Einwohner anwesend sind oder auch, dass Bürgerfragestunden, etwa im Rahmen von Stadtrats- oder Kreistagssitzungen, kaum genutzt würden. Wenn Bebauungspläne oder Satzungsvorhaben ausliegen, so die Beobachtung, machen sich nur wenige die Mühe, diese auch anzusehen und Kommentare dazu abzugeben.

Stattdessen erhebt sich oft im Nachhinein großes Geschrei, weil angeblich etwas über die Köpfe der Einwohnerinnen und Einwohner der Kommune hinweg entschieden wurde. Dabei wurden bloß die Möglichkeiten, sich zu beteiligen und eigene Ansichten einfließen zu lassen, schlicht nicht genutzt.

Schon zu den Wahlen gehen auf kommunaler Ebene häufig weniger als 40 % der Berechtigten. Sich Gedanken darüber zu machen, wie Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen sind, muss also auch berücksichtigen, wie Bürgerinnen und Bürger selbst in die Lage versetzt werden, sich zu beteiligen. Mit anderen Worten: Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit Menschen die zur Verfügung stehenden Beteiligungsformen tatsächlich nutzen?

Eine sehr häufig anzutreffende Begründung ist, dass die Menschen zu wenig Zeit haben. Es kostet Zeit, zu den Sitzungen der Gremien zu gehen. Es kostet Zeit, sich in Pläne und Entwürfe einzulesen. Es kostet Zeit, eigene Stellungnahmen zu entwickeln und zu artikulieren. Auch für diejenigen, die in die kommunalen Gremien gewählt werden, ist das ja ein leidiges Thema. Ich bin der Meinung, linke Politik müsste auch hier ansetzen: Wie kann Zeit bei den Menschen dafür frei gemacht werden, sich an politischen Prozessen zu beteiligen?

Doch freie Zeitkapazitäten allein sind kein Garant dafür, dass Menschen sich tatsächlich beteiligen. Eine Überlegung, die man anstellen kann, ist, eine Art „Beteiligungspflicht“ einzuführen: Anders als in Deutschland gibt es in manchen Ländern zum Beispiel eine Wahlpflicht, denn es ist für eine Bürgerin oder einen Bürger in einer Demokratie selbstverständlich nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht, sich aktiv am demokratischen Prozess zu beteiligen. Das ist freilich umstritten, aber wenigstens eine Debatte wert. So etwas kann man auf die Beteiligung allgemein anwenden, so dass zum Beispiel alle Betroffenen einer Entscheidung verpflichtet sind eine Stellungnahme abzugeben – selbst, wenn die Stellungnahme dann nur heißt: „Ich habe keine Meinung dazu“ oder vielleicht nur in einem Klick in einem Onlineformular besteht. Das würde zumindest einige Menschen zu einer Beschäftigung mit der Materie anregen.

Und man kann es leicht etwas weiterspinnen: In einigen Ländern wird es bereits praktiziert, dass per Losverfahren Berater für bestimmte Gremien bestimmt werden, und im antiken Griechenland war das etwas völlig normales. Wo heute in Thüringen von den Parteien beziehungsweise Fraktionen bestimmte „berufene Bürger“ oder „Bürgerexperten“ sitzen, könnten auf diese Weise in Zukunft per Losverfahren ausgewählte, zufällige Bürger sitzen, die ihre Sicht beitragen. So könnte eine sozial ausgewogenere Beteiligung erreicht werden. Eine solche Verpflichtung zur Mitwirkung kann dann auch zeitlich enger begrenzt sein als etwa eine Wahlperiode – vielleicht auf ein halbes oder ein ganzes Jahr. Denn es ist nicht wichtig für diese Beteiligung, sich in die tiefen Abläufe und Handlungsmuster oder auch die rechtlichen Grundlagen des jeweiligen Entscheidungsgremiums einzuarbeiten, sondern die eigene Auffassung zum Beratungsgegenstand zu äußern. Eine solche zeitliche Begrenzung der Verpflichtung erhöht gleichzeitig auch die Zahl derjenigen, die sich insgesamt an der Politik beteiligen. Ein Nebeneffekt wäre, dass sich die so Ausgelosten wenigstens für eine gewisse Zeit mit den Gremien und der dort laufenden Entscheidungsfindung beschäftigen müssen. Dass sich davon einige wegen der gemachten Erfahrung später auch freiwillig mehr an Politik beteiligen, ist zumindest nicht abwegig. Aber das sind nur bescheidene Ideen, freilich ohne Anspruch, schon ausgereift zu sein.

Die Alternative – oder vielleicht die notwendige Ergänzung dazu – wäre aber, in den Menschen ein echtes demokratisches Bewusstsein zu erzeugen.

Es muss jeder und jedem klar werden, dass die Demokratie notwendig ihrer Beteiligung bedarf. Jeder Mensch in einer Demokratie ist Politiker. Es gibt keine Nichtpolitiker in der Demokratie, denn es ist ihr Wesen, dass jede und jeder beteiligt ist. Dazu gehört es gleichermaßen, sich zu informieren und sich einzubringen. Wählen zu gehen, ist nur das Mindeste. Vielleicht sollten wir gerade auch in der LINKEN über alles, was darüber hinaus geht, etwas mehr diskutieren.

Stefan aus dem Haskala

Bilder des Jahres

Geniale Kunst

Werke des Saalfelder Künstlers Hans-Peter Marschewski waren im Landtag zu sehen.

Beginn Wahlkampf

In Rudolstadt kandidierte Simone Post, in Bad Blankenburg Thomas Persike für DIE LINKE als Bürgermeister.

Antwort zum Migrationspakt

auf eine Email, wie sie zu hunderten im Herbst in Abgeordnetenbüros aufliefen

Sehr geehrte Familie Müller*,
Ihre Mail habe ich erhalten. Sie erhalten meine Antwort.

Eigentlich muss jeder, der Angst vor Migranten hat, für den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration sein, weil der Pakt fordert:

- dass illegale Schleuser bekämpft werden,
- dass illegale Migration bekämpft wird (damit habe ich ein Problem, weil es keine legalen Fluchtwege nach Deutschland gibt),
- dass Migrierte Zugang zum Gesundheitswesen, einer Mindestbildung und einer Mindestversorgung haben müssen, auch im ersten sicheren Land – im Klartext: auch in den Ländern, wo dies heute nicht der Fall ist, weshalb viele Menschen nach Europa/Deutschland weiterziehen. Das wäre dann nicht mehr nötig und möglich.
- dass Länder ihre Grenzen sichern und abschotten dürfen, (mit Sichern kann ich leben, mit Abschotten habe ich ein Problem. Ich habe jahrelang im Ausland gearbeitet und habe keinen Bock, erneut zwischen Prag und Chemnitz zwei Stunden an der Grenze warten zu müssen.)
- dass Fluchtursachen bekämpft werden,
- keine Kinderarbeit, keine Zwangsprostitution und keine Sklaverei zuzulassen.

Das alles sind Punkte, die Menschen, die Flüchtlinge ungern in Deutschland sehen, unterstützen müssten.

Bitter für Rassisten ist eigentlich nur der Punkt, dass Ausländer ein Recht auf rechtsstaatliche Behandlung erhalten sollen. Aber das gilt eben auch für Deutsche, die im Ausland leben und arbeiten, dort sind wir die Ausländer.

Ich war oft in China. China erkennt keine europäische Fahrerlaubnis an, weil Europa chinesische Führerscheine nicht anerkennt. Sie handeln nach dem Prinzip „wie Du mir, so ich Dir“. Da ist es für die vielen Deutschen in China gut, wenn Chinesen in Deutschland rechtsstaatlich behandelt werden. Ich möchte, dass alle Deutschen, egal wo sie sich aufhalten, bestmöglich geschützt sind. Das unterstützt der Pakt. Da die Türkei ihn ablehnt, werde ich dort nicht hinfahren, in Österreich und Ungarn schützt mich zum Glück noch EU-Recht.

Vielleicht haben ja auch Einige derer Angst, die die Unterzeichnung so vehement bekämpfen, dass billige, in Kinderarbeit gefertigte Kleidung nicht mehr erhältlich ist, dass sie nicht mehr billig Zwangsprostituierte kaufen können oder wie in etlichen asiatischen Staaten geduldet, keine Haussklaven mehr halten können. Wer diese verbrecherischen Punkte will, muss gegen den Pakt sein.

Zuletzt komme ich zur verbreiteten AfD-Lüge, „Deutschland verliert mit der Unterzeichnung seine Souveränität“. Der Pakt ist KEIN Vertrag. Er ist eine freiwillige Selbstverpflichtung, ohne jegliche Sanktionen bei Nichteinhaltung. Er ist nicht verbindlich. Was man von Selbstverpflichtungen halten kann, sieht man bei der Industrie.

Warum reitet die AfD auf diesem Thema mit Halb- und Unwahrheiten herum? Sie hat kein anderes Thema, außer Flüchtlinge und von ihnen ausgehende Probleme. Da im Moment nur noch wenige Flüchtlinge kommen, geht der AfD das Thema verloren.

Der Pakt würde bei Umsetzung die Flüchtlingszahlen weiter senken, mehr Flüchtlinge helfen der AfD aber zu höheren Prozentzahlen bei Wahlen. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt...

Im Übrigen geht es im Pakt wie beschrieben um alle Ausländer, die in einem anderen Land leben und arbeiten. Wie lange warten Sie auf Arzttermine in Jena? 25 Prozent der Ärzte am Jenaer Klinikum sind Ausländer. Wollen Sie die los werden?

Bitte lesen Sie selbst den Pakt – und zwar gründlich!

Zuletzt der Grund, warum ich trotz der für mich schwierigen Punkte zustimme. Der Pakt soll alle Unterzeichner dazu bewegen, Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit für alle Menschen zu fordern, in einem auf christlichen Traditionen aufbauenden Land eigentlich eine Selbstverständlichkeit. (Schließlich war Jesus Christus der Sohn von Migranten, die nicht in die Stadt gelassen wurden.) Ich kämpfe gegen Kinderarbeit, hasse Sklaverei und finde, Zwangsprostitution ist ein Verbrechen.

Als Mensch werde ich deshalb diese Absichtserklärung unterstützen, weil sie unsere Erde bei kompletter Umsetzung menschlicher machen würde, auch wenn ich nicht glaube, dass dieser Pakt viel bringt. Ich hoffe, Sie verstehen meine Beweggründe.

Als letztes lassen Sie mich ein altes Sprichwort zitieren: „Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu.“

Mit freundlichen Grüßen (alles in lateinischen Buchstaben geschrieben, mit arabischen Zahlen unterstützt und in einen chinesischen Laptop getippt)

Ralph Lenkert, MdB

*Name geändert

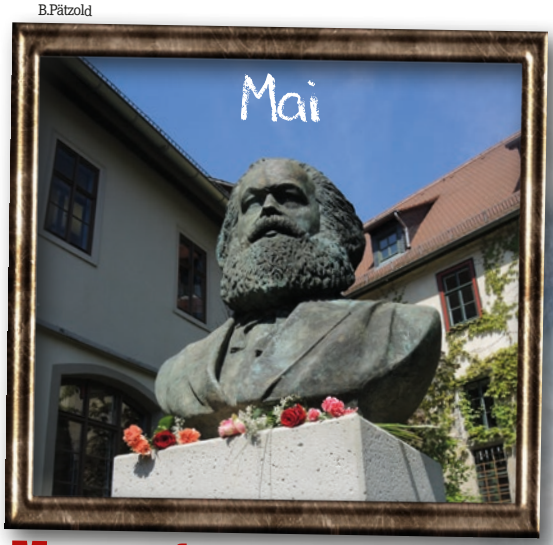
Bilder des Jahres

B.Pätzold

Artisten am Stausee

Didi Bujack interviewt Rainer am Stausee, während Hochseilartisten dort die Linkemühlen-Brücke in luftiger Höhe simulieren.

B.Pätzold



Marx auferstanden

In Rudolstadt wurde die Karl-Marx-Büste wieder aufgestellt.

Von Bayern lernen...

Offener Brief zur gescheiterten Petition zur Problematik Scheinkandidaturen

public domain

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Petitionsausschusses des Thüringer Landtags Herr Heym, sehr geehrter Herr Minister Maier,

ich habe die Petition „Änderung Kommunalwahlgesetz“, eingereicht von Herrn Volker Bade, veröffentlicht am 20.3.2018, mit gezeichnet. Wie aus dem Abschlussbericht hervorgeht, wurde das in § 16 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Petitionsgesetz für eine öffentliche Anhörung vorgegebene Quorum von mindestens 1.500 Mitzeichnern nicht erreicht.

Im Abschlussbericht wird nun u. a. folgendes dargelegt: Die Regelungen in der ThürKO entsprächen gemäß Sachverhaltsermittlung des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales zur Rechtslage einem herkömmlichen Verständnis von der Ausgestaltung des Gesetzgebers zur Einschränkung der Wählbarkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Sinne des Artikel 137 Absatz 1 GG. Das Bundesverfassungsgericht habe in ständiger Rechtsprechung die Verfassungswidrigkeit von übermäßigen Einschränkungen des passiven Wahlrechts betont. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dürfe eine den Anforderungen des Artikel 137 Absatz 1 GG genügende gesetzliche Beschränkung der Wählbarkeit der Angehörigen der genannten Personengruppen zur Verhinderung des Zusammentreffens von Amt und Mandat nicht zum Ausschluss der Wählbarkeit führen (BVerfG, Beschluss vom 4. April 1978, Az.: 2 BvR 1108/77, Rn. 69, zitiert nach juris). Die Unvereinbarkeitsvorschriften dürften lediglich die Übernahme des Wahlmandats durch den Gewählten von der gleichzeitigen Entbindung von seinen Aufgaben im Bereich der öffentlichen Verwaltung abhängig machen. Der Gesetzgeber dürfe ... nur den Gewählten also vor die Alternative stellen, den einen oder anderen Status niederzulegen bzw. nicht wahrzunehmen, nicht aber die Wählbarkeit einschränken.

Dazu vertrete ich folgende Auffassung: Die Bezugnahme auf eine im Jahre 1978 (!) getroffene politische Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kann unmöglich als Begründung für die Berechtigung von Scheinkandidaturen, die im Grunde genommen einen Betrug des Wählers darstellen, herhalten. Einige, mehrerer antiquierter Entscheidungen von Gerichten der siebziger Jahre sind bisher schon revidiert worden oder werden nicht mehr berücksichtigt, ohne dass dies zu Konflikten führt.

Im konkreten Fall kann ich dies anhand der Bestimmungen des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) des Bundeslands Bayern belegen. In Art. 21 GLKrWG – Wählbarkeit für das Amt des Gemeinderatsmitglieds und des Kreisrats – heißt es in Absatz 2, Punkt 4: Nicht wählbar ist, wer am Wahltag sich als

1. erster Bürgermeister in seiner Gemeinde als ehrenamtliches Gemeinderatsmitglied,
2. Oberbürgermeister einer kreisfreien Gemeinde als Kreisrat,
3. Landrat in einer kreisfreien Gemeinde als ehrenamtliches Gemeinderatsmitglied,
4. Landrat als Kreisrat

bewirbt, wenn seine Amtszeit nicht mit der Wahlzeit des zu wählenden Gemeinderats oder Kreistags übereinstimmt. Das gilt nicht, wenn im Einzelfall aus besonderen Umständen darauf geschlossen werden kann, dass das Ehrenamt tatsächlich angetreten wird.

Mit dem letzten Satz wird man sogar der theoretischen Möglichkeit gerecht, dass ein gewählter Amtsträger wider aller Erwartungen vor der Wahl erklärt, dass er sein Amt niederlegen wird, wenn er in den Rat gewählt werden sollte. Gerade diese Bestimmung ist ja die intelligente Feinheit der bayerischen Regelung, dass sie Amtsträgern, die tatsächlich keine Scheinkandidaten sein wollen, dies auch zugesteht und sie nicht mit der Einschränkung des passiven Wahlrechts bestraft. Dass das praktisch nicht vorkommt, ist dabei unerheblich.

Wieso soll in Thüringen im Jahr 2018 eine Gesetzesänderung nicht möglich sein, die im Bundesland Bayern vollzogen wurde? Das ist niemandem vermittelbar. Mit einem Verbot von Scheinkandidaturen hätte der Landtag ein Zeichen für die Glaubwürdigkeit seiner in ihm vertretenen Parteien setzen können. Glaubwürdigkeit ist ein höheres Gut als das Festhalten an einer vierzig Jahre alten, überholten Rechtsprechung und dem mittels Wählertäuschung erzielten Mandatszuwachs in einer kommunalen Vertretung. Zur Kommunalwahl 2019 wird nun wieder von allen Parteien getäuscht werden.

Mit freundlichem Gruß

Hubert Krawczyk

B.Pätzold

Bundesparteitag in Leipzig

Hans Modrow spricht gerade. Unsere beiden Delegierten hören aufmerksam zu. Bis auf die eine. Die fotografiert die Medienwand, auf der gerade Hans Modrow bei seiner Rede übertragen wird.

Bilder des Jahres

B.Pätzold

Der Donnerstagstreff...

... ist so etwas wie ein BO-Treffen, nur ganz anders. Auch hier wird echte Basisarbeit gemacht. Danke, Brigitta!

Hausrecht der Arbeitgeber hebelt Streikrecht nicht aus

„Heute ist ein guter Tag für die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Das Hausrecht des Unternehmens reicht nicht so weit, dass damit das Streikrecht ausgehöhlt werden darf“, begrüßt Rainer Kräuter (DIE LINKE), gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, das Urteil des Bundearbeitsgerichtes (BAG).

Das höchste deutsche Arbeitsgericht hatte sich mit einem jahrelangen erbitterten Streit zwischen Amazon und ver.di zu beschäftigen. Das Verfahren, das von Amazon angestrengt worden war, hat grundsätzliche Bedeutung. Es geht hier auch um die Frage, ob ein Arbeitgeber das Streikrecht zurückdrängen und aushöhlen darf – oder eben nicht.

Stein des Anstoßes war ein Streik der Beklagten am 21. und 22. September 2015, der das Ziel des Abschlusses von Anerkennungstarifverträgen hatte. Die Beklagte hatte hierzu vor dem Haupteingang eines Gebäudes, in dem die von der Klägerin beschäftigten Arbeitnehmer Waren versandfertig machen, Stehtische und Sonnenschirme mit ihrem Logo sowie Tonnen aufgestellt. Mitarbeiter der Beklagten verteilten gemeinsam mit streikenden Arbeitnehmern Flyer und forderten zur Arbeit Erscheinende auf, sich am Streik zu beteiligen. Der Haupteingang befindet sich auf einem von der Klägerin gepachteten Parkplatz, der Teil des Betriebsgeländes ist. Die meisten Mitarbeiter kommen mit dem Pkw zur Arbeit und stellen ihr Fahrzeug auf diesem Parkplatz ab, der als Privatgrundstück gekennzeichnet ist. Auf Schildern wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass Unbefugten das Betreten verboten ist.

Entgegen der Argumentation des Großkonzerns ist ver.di nicht „irgendetwas von außen“, sondern ver.di sind die Kolleginnen und Kollegen, die im Betrieb des Großkonzerns arbeiten und sich das Ziel gesetzt haben, ihre Arbeitssituation aktiv zu verbessern. Grund für den Ausstand war, dass Amazon bisher nur bereit ist, sich an der Vergütung in der Logistik-Branche zu orientieren, was Rainer Kräuter scharf kritisiert, denn Amazon ist ein Handelsunternehmen.

Im Weiteren ging es den Beschäftigten um vier grundsätzliche Forderungen, die sich gegen befristete Arbeitsverträge, geringen Lohn, gegen eine Leistungsprämie, die nur „Verarsche“ ist, und gegen den Leistungsdruck richten. Dazu der Abgeordnete abschließend: „Dass sich die Beschäftigten mit ver.di dafür einsetzen, dass die Amazon-Mitarbeiter nach den Tarifbedingungen des Einzel- und Versandhandels bezahlt werden und gegen befristete Arbeitsverträge kämpfen, ist mehr als recht und billig. Dass sich der Großkonzern Amazon dagegen wehrt, ist die Logik unserer Gesellschaft, wo Ausbeutung um jeden Preis, Steuerflucht, Gewinnmaximierung und miserabler Lohn ebenso an der Tagesordnung sind wie katastrophale Arbeitsbedingungen. Dagegen hilft nur die Solidarität der Arbeitnehmerschaft.“

Zitat des Marx:

Ich dehne diesen Band [des Kapitals] mehr aus, da die deutschen Hunde den Wert der Bücher nach dem Kubikinhalt schätzen.

Marx an Engels

Skandal: Anstoß erscheint immer später

Es ist leider nicht von der Hand zu weisen, dass der Anstoß von Ausgabe zu Ausgabe später erscheint. Ist die erste Ausgabe des Jahres 2018 noch im Januar erschienen, dauerte es bis zur nächsten immerhin exakt vier Wochen, so dass diese erst im Februar zu den Leserinnen und Lesern gelangte. In ähnlich nachlässiger Art wurden nach und nach weitere Ausgaben des Anstoß' ausgeliefert, jede Ausgabe erschien später als die vorherige: die März-Ausgabe im März, die April-Ausgabe wiederum später, diesmal sogar einen ganzen Monat anstatt nur vier Wochen. So ging es immer weiter. Es ist festzustellen, dass zwischen den Herausgabedaten im Durchschnitt zwischen zweieinhalb bis zu fast sechseinhalb Wochen vergingen! Nun endlich habt Ihr, haben Sie, liebe Leserin, lieber Leser, fast ein Jahr nach Heft 1 das zwölfte in der Hand (oder auf dem Datenendgerät).

Als Grund für das immer spätere Erscheinen gibt die Redaktion unter anderem das Vergehen von Zeit an. Diesem Umstand geschuldet sei es nicht möglich, sämtliche Ausgaben des Anstoß‘ zu ein und demselben Termin herauszugeben. Ein Mitglied der Redaktion kommentiert: „Es wäre auch ziemlich sinnlos, alle Ausgaben des Anstoß‘, sagen wir mal, am 10. Januar herauszugeben. Der Neuigkeitswert der Texte würde dann vermutlich von Ausgabe zu Ausgabe sinken. Außerdem gibt es im Laufe des Jahres immer mal wieder neue Termine oder welche, die verschoben werden müssen. So wäre es – allein der Treffsicherheit der Terminleisten wegen – wenig sinnvoll, alle Ausgaben bereits im Januar vorzulegen. Selbst beim gegenwärtig praktizierten Verfahren kommt es in der Terminleiste immer mal wieder zu Fehlern, für die wir herzlichst um Entschuldigung bitten.“ – Übrigens hatte schon die Aufeinanderfolge der Ausgaben April und Mai, die binnen zweieinhalb Wochen die Druckerei verließen, unseren Starautor Stefan a.d.H. mit offensichtlichem Entsetzen zur Frage veranlasst, ob der Anstoß künftig im 14-tägigen Rhythmus erscheinen solle…

Da offenbar auch für das kommende Jahr keine Ambitionen bestehen, am Verfahren „die nächste Ausgabe kommt irgendwie wahrscheinlich einen Monat später“ etwas zu ändern, wird es wohl dabei bleiben, dass wiederum nicht alle Anstöße des Jahres auf einmal kommen, sondern jede Ausgabe später als die vorherige. Auf die Frage, ob nicht vielleicht darüber nachgedacht werden sollte, doch wenigstens einmal zwei Ausgaben des Anstoß' gleichzeitig herauszugeben, antwortete Tom, ein Mitglied der Redaktion, das namentlich hier nicht genannt werden möchte, lachend: „Ja, vielleicht versuchen wir das wirklich mal und bringen die Januar-Ausgabe gemeinsam mit der im September heraus. Eigentlich klingt der Vorschlag sehr sympathisch.“

Außerdem schließt die Redaktion nicht aus, wie 2014 auch 2019 ein Sonderheft zur Landtagswahl zu veröffentlichen. Immerhin war die Ausgabe zur Landtagswahl 2014 der Testlauf für Farbausgaben. Dass dieser Testlauf erfolgreich war, ist dem Anstoß bis heute anzusehen, da er ja nun farbig ist. Welche bahnbrechenden Neuerungen ein eventueller Sonder-Anstoß zur Landtagswahl, die – wie gut informierte Leser_innen natürlich wissen – am 27. Oktober 2019 stattfinden wird, mit sich bringen könnte, ließ die Redaktion allerdings offen. Auf die Frage, ob der Anstoß dann vielleicht probehalber in 3D erschiene, antwortete die Redaktion schnippisch: „3D haben wir schon. Das Ding hat immerhin Länge, Breite und eine ungeheure Tiefe!“ Die Frage, welche Neuerung also in Angriff genommen werden könnte, bleibt vorerst unbeantwortet. Von transparenten Seiten, damit man den kompletten Inhalt ohne lästiges Blättern erfassen kann, bis hin zu einem pinken Layout mit hellvioletter Sütterlin-Schrift ist also alles denkbar. Hier dürfte auch der Vorsitzende ein Wörtchen mitreden…

Auf jeden Fall bedanken wir uns herzlich bei allen, die uns das ganze Jahr die Treue gehalten haben, bei denen, die Material lieferten, Zweit-Korrektur lasen, für den Anstoß spendeten. Spenden sind immer willkommen, denn während Autor_innen und Redaktion ehrenamtlich und kostenfrei arbeiten, sind weder Druckerei noch Vertrieb dazu zu bewegen, im Gegenteil…

Birgit und Tom

GANZ NEU UND DRINGEND:

PETITION

Die Welt spricht KINDERGARTEN

Mitzeichnung auf Landtags-Plattform bis zum 7. Jan 2019

Der Petitionsausschuss hat in seiner Sitzung am 22. November beschlossen, die Petition des Fröbel-Kreises Bad Blankenburg „Die Welt spricht KINDERGARTEN“ auf der Petitionsplattform des Landtags zu veröffentlichen. Ziel der Petition ist es, den Begriff „Kindergarten“ wieder in den offiziellen Sprachgebrauch in Deutschland einzubringen. Die Petenten setzen sich insbesondere dafür ein, die Begriffe „Kindertagesbetreuung“ oder „Kindertageseinrichtung“ im öffentlichen Sprachgebrauch, z.B. in Gesetzestexten oder Bildungsplänen, durch den ursprünglichen Begriff „Kindergarten" zu ersetzen.

Zu der Petition wurden auf einem privaten Petitionsportal bereits über 6.800 Unterschriften gesammelt. Noch bis zum 7. Januar 2019 kann die Petition nunmehr auch auf der Petitionsplattform des Landtags im Internet unter www.petitionen-landtag.thueringen.de mitgezeichnet werden.

Erreicht eine auf der Plattform veröffentlichte Petition 1.500 Mitzeichnungen, erfolgt eine öffentliche Anhörung der Initiatoren unter Beteiligung der Landesregierung und der zuständigen Fachpolitiker.

https://petitionen-landtag.thueringen.de/petitions/1454

public domain

„Ich habe den König weggelassen und nur den Vater gespielt“

CC BY 3.0 • Author: Siebbi via wikimedia.commons

Sommer 69. In Gera fand das Bezirksjugendtreffen statt. Ich durfte teilnehmen. Ein Erlebnis habe ich nie vergessen und mich besonders in den letzten Tagen immer wieder daran erinnert. Es waren Sommerfilmtage. Wir hatten die Chance, den neuesten Indianerfilm der DEFA zu sehen, den vierten: „Weiße Wölfe“. Gojko Mitić spielte – wie in allen Indianerfilmen der Gruppe „Roter Kreis“ – den Häuptling und strahlenden Helden. Den Schurken gab Rolf Hoppe. Großer Showdown zum Schluss: Beide kämpfen miteinander – Sprechchöre im Publikum, immer wieder „Den Dicken weg, der hat kein‘ Zweck!“.

Der Film ist zu Ende, die Scheinwerfer beleuchten die Freilichtbühne – da steht Rolf Hoppe. Erschrockenes Flüstern. Wie würde er auf unsere Sprechchöre reagieren?

Er hat sich gefreut! Er bedankte sich für den aufkommenden Beifall, aber mehr noch für unsere Reaktionen während des Films, zeigten sie ihm doch, dass er die Rolle treffend gespielt hatte.

Nun ist Rolf Hoppe gestorben, kurz vor seinem 88. Geburtstag. Wikipedia listet 163 Filme auf, in denen er mitgespielt hat, der letzte wurde 2017(!) gedreht. Dazu kommen Theateraufführungen, Hörspiele, kleine Rollen in Fernsehserien...

Zu Weihnachten ist er sicher wieder bei (fast?) allen öffentlich-rechtlichen Sendern zu sehen: als König – nein, als Vater des Prinzen – im Kultfilm „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“.

Birgit Pätzold

B.Pätzold

Bilder des Jahres

Detscher

Im August wurde in Saalfeld – same procedure as every year, James – massenweise Teig zu leckeren Detschern verarbeitet.

public domain

Es war einmal…

Am 11. und 12. November fand für Abgeordnete und deren Mitarbeiter_innen im Landtag ein Schreibseminar statt, an dem ich teilnehmen durfte.
Viel Spaß gab es beim Schreiben einer Pressemitteilung. Aufgabenstellung: Sucht Euch einen Fakt aus dem Märchen Rotkäppchen und schreibt zu diesem eine Pressemitteilung. Zeit: 20 Minuten.
Von zwei Abgeordneten, eine möchte anonym bleiben, habe ich das Ergebnis zur Veröffentlichung bekommen. Und ich habe natürlich auch eine geschrieben.
Hier also drei märchenhafte Pressemitteilungen.
B.P.

Vermisstes Kind gefunden

Rotkäppchen lebt – das ist die frohe Botschaft. Und wie kam es dazu?

Im Polizeibericht stand:

Am Vorabend des Nikolaus beauftragten die Eltern das kleine Mädchen, der kranken Großmutter zu Hilfe zu eilen. Sie trug immer eine rote Kappe und deswegen nannten sie alle Rotkäppchen. Die Großmutter lag krank im Bett und ein Hausbesuch des Arztes war nicht möglich. Mit einem Kuchen und Medizin ausgestattet, rannte das Mädchen los. Sich der Gefahren nicht bewusst, lief sie auf dem kürzesten Weg zum Haus der Großmutter – mitten durch den Wald.

Auf dem Weg wurde Rotkäppchen angesprochen und erklärte dem etwas grimmig aussehenden Wesen, warum sie so schnell durch den Wald eilte.

Der Wolf hatte die Chance seiner vier Beine genutzt und war ihr vorausgeeilt. Er nutze die Wehrlosigkeit der Großmutter aus, verschlang sie und zog sich ihre Sachen über. Er legte sich ins Bett und wartete auf das Mädchen in Erwartung, noch so einen leckeren Bissen herunterschlucken zu können.

Endlich angekommen, stutzte Rotkäppchen beim Anblick ihrer Großmutter. Da sie aber alle Fragen glaubwürdig beantworten konnte, blieb Rotkäppchen da. Die Falle des Wolfes schnappte zu und er verschlang sie ebenfalls mit Haut und Haar.

Nach Eingang der Vermisstenmeldung machte sich der Jäger sofort auf den Weg zur Hütte und fand den Verbrecher schnarchend vor. Er überrumpelte ihn und konnte mit einem Schnitt sowohl Großmutter als auch Rotkäppchen befreien.

Er übergab der Polizei im Beisein der Eltern das vermisse Kind.

Ute Lukasch (MdL)

Bilder des Jahres

T.Pätzold

Donald Trump

wäre kein schönes Motiv für das Titelbild des Anstoß' gewesen. Deshalb erschien die Kreisparteipostille, wie Sie von einem Lokalredakteur vor einigen Jahren liebevoll bezeichnet wurde, im Herbst mit diesem Motiv. Es handelte sich dabei nicht vorrangig um ein drogenpolitisches Statement.

Jugendschutzgesetz gilt im Ministerium nicht – Maier fordert Rücktritt von Minister Förster

„Wenn selbst Minister Förster keinen Respekt vor dem Jugendschutzgesetz hat, wer denn dann“, äußert sich die Abgeordnete Petra Maier zum Alkoholmissbrauch durch dessen 13jährige Cousine. Gleichzeitig fordert sie Förster zum Rücktritt auf.

Eine ganze Flasche Rotwein hatte Förster am vergangenen Wochenende seiner noch minderjährigen Cousine (13) mit auf den Weg gegeben. „Doch anstatt das Mädchen vorher zu belehren und auf die Risiken des Alkoholmissbrauches hinzuweisen, ermunterte er das Mädchen noch, doch einmal vom Rotwein zu probieren, gibt Maier an. Sie selbst stand neben den Beteiligten und verfolgte das Gespräch. Ihre Einlassungen an Förster, doch das Mädchen mit der Flasche Rotwein nicht allein zur Großmutter zu schicken, stießen nur auf respektlose Äußerungen Försters.

Maier gibt weiter an: „Was der Alkohol dann bei dem Mädchen auslöste, konnte man an dem barbarisch zugerichteten Wolf deutlich erkennen. Der Anblick war grauenhaft. Überall im Schlafzimmer der Großmutter, für die der Kuchen und der Wein ja eigentlich bestimmt waren, lagen Fetzen des Wolfes umher.“ Als eine der ersten am Tatort, hat diese abscheuliche Tat Spuren bei der Abgeordneten hinterlassen.

Abschließend betont Maier, die Aufklärung über Alkohol und dessen Auswirkungen stärker in das Bewusstsein der Menschen rücken zu wollen. Nie wieder darf ein Wolf so barbarisch durch eine 13jährige zerstückelt werden.

Anonym (MdL)

Artenschutz missachtet Wolf seinem Schicksal überlassen

Der inzwischen auch in Thüringen wieder heimisch gewordene Wolf steht unter strengem Artenschutz. Darauf wies Wolfgang Lämmerzahl, Naturschutzpolitischer Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, hin. Anlass war die rechtswidrige Tötung eines Wolfs, nur weil dieser in seinem Revier ein kleines Mädchen täuschte, und mit diesem und dessen Großmutter seinen ärgsten Hunger stillte.

Die Mutter hatte das kleine Mädchen mit Kuchen und Wein zur erkrankten Großmutter in den Wald geschickt, die Blumen aber vergessen. Dem aufmerksamen Vierbeiner war das nicht entgangen. In Sorge um die Großmutter empfahl er dem Mädchen, einen Strauß Waldblumen zu pflücken und lief zur Großmutter voraus. Dort überkam ihn heftiger Hunger, so dass er die Großmutter verspeiste. Um dem armen Kind den Schreck zu ersparen, gab er sich geschickt als Großmutter aus. Da aber sein Hunger noch nicht gestillt war, fraß er auch das Mädchen.

Der zufällig vorbeikommende Jäger entdeckte den Wolf. Er schnitt ihm ohne Betäubung den Bauch auf. Oma und Enkelkind konnte er retten. Dem armen Tier füllte er den Bauch mit Wackersteinen und überließ es seinem Schicksal. Als der Wolf aufwachte, erschrak er furchtbar, wollte weglaufen und sprang sofort los. Die Wackersteine behinderten ihn so stark, dass er sich zu Tode stürzte.

Der Abgeordnete Lämmerzahl weist nochmals darauf hin, dass dem Schutz des Wolfes Priorität einzuräumen ist. Weder das Aufschneiden des Bauches noch der Einsatz von Wackersteinen sind gesetzlich zulässig.

Birgit Pätzold

Bilder des Jahres

privat

Besuch

Werner Mechold zu Besuch in Saalfeld. Herzliche Grüße, lieber Werner!

B.Pätzold

Menschen von hinten

auf unserer gemeinsamen Mitgliederversammlung mit den Genoss_innen des SOK – Auftakt für das Wahljahr, das uns gemeinsam bevorsteht

T.Pätzold

Termine

» **Di 18. Dez 2018** 17.00 Uhr
Rainer Kräuters Wahlkreisbüro in Bad Blankenburg
Beratung Kreisvorstand

» **Do 20. Dez 2018** 15.00 Uhr
Weltladen Saalfeld
Treff am Donnerstag

» **Fr 21. Dez 2018** 23.23 Uhr
Winteranfang
Die Tage werden wieder länger!

» **Mo 24. Dez 2018** abends
ältere Herren mit Vollbart tragen Säcke und Ruten durch die Straßen und klingeln oder klopfen an Türen

» **Mo 31. Dez 2018** häufig
TV • „Dinner for One“
Die korrekte Dinnerfolge:
1. Sherry with the Soup
2. White Wine with the Fish
3. Champagne with the Chicken
4. Port with the Fruits

» **Mo 31. Dez 2018** 24:00 Uhr
2018 zu Ende

» **Di 01. Jan 2019** 00:00 Uhr
2019 beginnt

» **Di 08. Jan 2019** 18.00 Uhr
Haskala
Stadtvorstand Saalfeld

» **Sa 12. bis So 13. Jan 2019**
Fahrt nach Berlin zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

» **So 13. Jan 2019** 10.00 Uhr
Berlin, Frankfurter Tor
Demonstration zur Gedenkstätte der Sozialisten

Die nächste Mitglieder-versammlung der Basisorganisation

_____

ist am _____

um _____ Uhr

Ort: _____

gemeinfrei

public domain

Treff am Donnerstag

Beim November-Treff berichtete Birgit von der 2. Tagung des 6. Landesparteitages, an der sie als Delegierte teilgenommen hatte. Außerdem ging es wie immer um aktuelle politische Ereignisse. Der nächste Treff findet am 20. Dezember 2018 statt – wie immer um 15 Uhr im Weltladen Saalfeld.
Diesmal gibt es viele Leckerbissen. Vor allem einen kulturellen: Die Kinderbuchautorin Johanna Kirschstein aus Reichmannsdorf wird sich und ihre Bücher vorstellen. Die kulinarischen – Plätzchen, Waffeln und Schokolade aus fairem Handel – werden ausnahmsweise heftige Konkurrenz durch weihnachtliches Backwerk bekommen – und das alles wie üblich bei fair gehandeltem Kaffee und Tee.
Willkommen beim Treff am Donnerstag ist jede Genossin, jeder Genosse, jede Sympathisantin und jeder Sympathisant – egal, ob im [´solid]-Alter oder schon in Rente...

nächstes Treffen:
20. Dez • 15 Uhr
Weltladen Saalfeld

public domain

Zur Gründung der KPD 1918

Nach der Zustimmung zum Krieg durch die Mehrheit der SPD 1914 rufen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die linke Oppositionsgruppe „Gruppe Internationale“ ins Leben: u.a. Franz Mehring, Wilhelm Pieck, später Clara Zetkin. 1916 Umbenennung in „Spartakus-Gruppe“.

April 1917: Gründung der USPD, Spartakus-Gruppe wird Mitglied, bildet deren linken Flügel. Am 9. November ruft Liebknecht vom Berliner Stadtschloss die „freie sozialistische Republik“ aus.

Nach der Revolution Umbenennung in „Spartakus-Bund“. Am 29.12.1918 beschließt die Spartakus-Gruppe die Trennung von der USPD und die Gründung einer eigenen Partei. 30.12.1918 bis 1.1.1919: auf dem Parteitag wird der Beschluss zur Gründung der KPD gefasst. Es vereinigen sich: die Bremer Linken, die Internationalen Kommunisten, der Spartakus-Bund. Das Programm entwirft im Wesentlichen Rosa Luxemburg. Ihre Worte dazu: „...heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner.“

In heftigen Diskussionen zu Parlamentarismus und zur Sozialdemokratie plädiert Luxemburg für die Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung, was mehrheitlich abgelehnt wird. Man tritt für die Schaffung eines Rätesystems ein. Die KPD legt sich frühzeitig auf Ablehnung der bürgerlichen Demokratie fest. Die Bremer Linken treten für Anlehnung an die Bolschewiki ein. Dadurch gerät die KPD ins Abseits, wird 1919 verboten.

Mitglieder des Parteivorstands waren u.a.: Hermann und Käte Duncker, Hugo Eberlein, Leo Jogiches, Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Wilhelm Pieck, August Thalheimer. Weitere Gründungsmitglieder waren: Franz Mehring, Julian Marchlewski, Clara Zetkin.

Kräuter.
Wahlkreisbüro MdL Rainer Kräuter
Kirchplatz 1 • 07422 Bad Blankenburg
Di 15 - 17
Do 15 - 18
u.n.Vereinbarung
fon: 03674173 92 19
mail: kraeuter@die-linke-thl.de
rainer-kraeuter.de

Jugend- und Wahlkreisbüro “Haskala”
Katharina König-Preuss (MdL) Saalstraße 38, 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 - 515489 • Fax: 03671 - 515490
www.haskala.de
info@haskala.de
Mo 11-16 Uhr
Di 11-16 Uhr
Do 13-18 Uhr
Fr 13-18 Uhr
השכלה HASKALA
IDEE AUFKLÄRUNG VERSTAND